

Jetzt um so mehr: Aufbau statt Abbau der Universität

„Bei den meisten DAX-Konzernen muß Champagner-Laune herrschen: Die Schwergewichte der deutschen Wirtschaft steigerten ihren Umsatz im ersten Quartal 2011 durchschnittlich um zwölf Prozent. [...] Die 30 DAX-Konzerne erzielten von Januar bis März unterm Strich einen Gewinn von insgesamt 21,5 Milliarden Euro – das entsprach mit Blick auf die Gesamtsumme im Vorjahr einem Plus von 23 Prozent.“
Hamburger Abendblatt, „DAX-Konzerne verdienen im ersten Quartal 21,5 Mrd. Euro“, 14.5.2011, S. 7.

Dem kapitalfreundlichen Dogma der „Haushaltskonsolidierung“ verfallen, hat der neu gewählte SPD-Senat verkündet, an den staatlichen Hamburger Hochschulen rund 32 Mio. € kürzen zu wollen. (Ob der Einzug ins Rathaus mit akutem Gedächtnisverlust bestraft wird?) Weil die Regierung schlicht den schwarz-grünen Kürzungshaushalt übernommen hat und die Schraube zudem weiter anziehen will, soll die Universität schon im Jahr 2011 rund 20 Mio. € streichen.

Die Krise der öffentlichen Hand hat zwei Gründe: 1.) Die Steuern auf größte Vermögen und Gewinne sind seit 1982 systematisch gesenkt bzw. abgeschafft worden. 2.) Die verbleibenden Steuern werden insbesondere bei den Gewinn großen nur zögerlich eingetrieben.

Die praktische Alternative zu dieser Gängelung der Bevölkerung ist die steuerliche Umverteilung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums von Oben nach Unten sowie die Vermeidung von destruktiven Verschwendungen (von der Elbphilharmonie, die jährlich 30 Mio. € Betriebskosten verursachen soll, bis zu Rüstungsausgaben der BRD in Höhe von rund 50 Mrd. \$ p.a.). Diese Umkehr zu erkämpfen ist die aktuelle Aufgabe aller Mitglieder der Universität.

Würden die Kürzungsankündigungen durchgezockt, müßte jede Fakultät auf etwa 10 % ihres Etats verzichten. Die Dekane rechnenen jüngst vor, was dies bedeuten könnte: Das Kürzungsvolumen entspräche in der Fakultät für Geisteswissenschaften dem gesamten Fachbereich Sprache/Literatur/Medien, in der MIN-Fakultät müßte man bis 2013 auf Neuberufungen verzichten und Chemie und Biologie halbieren, die WiSo-Fakultät sähe sich unter dem Druck, die Sozialökonomie (Ex-HWP) zu vernichten, die Juristen könnten ihre Zentralbibliothek dicht machen derweil das UKE auf Zahnmedizin (wird ja ohnehin nicht mehr von den Kassen bezahlt) verzichten müßte. Rund 3.000 Studienplätze wären bis zum WiSe 2012/13 von der Universität abzubauen – in Zeiten doppelter Abi-Jahrgänge und ausgesetzter Wehrpflicht.

Diese Rechnungen sind gegen jegliches Arrangement darauf gerichtet, die Notwendigkeit des Kampfes für eine echte Tendenzwende zu verdeutlichen. (Vgl. Beschluß des Akademischen Senats „Anforderungen an den politischen Senat: <http://www.verwaltung.uni-hamburg.de/pr/2/21/pm/2011/pm39.html>)

Das Uni-Präsidium hat erklärt, sich möglicherweise gezwungen zu sehen, das Allgemeine Vorlesungswesen einzustellen, mit dem in Hamburg seit 1837 eine demokratische Öffentlichkeit Zugang zu wissenschaftlicher Aufklärung erhält. Die Abwicklung dieser Quelle der Universität, für die vor genau 100 Jahren das Hauptgebäude (Edmund-Siemers-Allee 1) errichtet wurde, würde die ängstliche Mißgunst gegen kritische Bildung und demokratische Wissenschaft durch das Hamburger Establishment erneut manifestieren.

Aber die meisten Hamburger sind nüchterne Leute, die schon manches Mal dem baren Geschäftssinn mit Aufklärung und solidarischem Engagement für sozialen

Fortschritt einen Strich durch die zynische Rechnung gemacht haben. Dafür ist es nun wieder dringend Zeit. Gebührenfreiheit, die Rekonstruktion der Fächervielfalt, bedarfsgerechte Bildungs- und Wissenschaftsfinanzierung, weitreichende Studienreformen, vernünftige Bibliotheken, angenehm nützliche Bauten, demokratische Strukturen und damit Bedingungen für eine humanistische Wissenschaftsentwicklung müssen alle Mitglieder der Universität gemeinsam erkämpfen.

Auch ein neuer AStA muß diese Tendenz vorbehaltlos befördern.

Sitzung des Studierendenparlaments

Donnerstag, den 19. Mai 2011
18 Uhr, Anna-Siemsen-Hörsaal
Von-Melle-Park 8 (ErzWiss)

Auf der Tagesordnung u.a. die
Neuwahl des AStA

Dokumentiert:

Rede von Till Petersen (FSRK) bei der Festveranstaltung am 13. Mai 2011 zum 100. Jahrestag des Hauptgebäudes sowie zur Benennung zweier Hörsäle nach Prof. A. Mendelsohn Bartholdy und Prof. E. Heimann.

Liebe Mitglieder und Freunde der Universität, sehr geehrte Damen und Herren,

„Was aber ist die große Aufgabe unserer Zeit?

Es ist die Emanzipation. Nicht bloß die der Irländer, Griechen, Frankfurter Juden, westindischen Schwarzen und dergleichen gedrückten Volkes, sondern es ist die Emanzipation der ganzen Welt, absonderlich Europas, das mündig geworden ist und sich jetzt losreißt von dem eisernen Gängelbände der Bevorrechteten, der Aristokratie.“

Die von Heinrich Heine bereits 1830 in den Reisebildern identifizierte Aufgabe der Emanzipation ist noch nicht vollendet.

Für die Menschheit in ihrer ausgedehnten Adoleszenzphase, also auf dem inzwischen doch recht langen Weg zur kollektiven Mündigkeit, ist das öffentliche Bildungswesen von elementarer Bedeutung.

Die Übergabe eines eigenen Gebäudes für das Allgemeine Vorlesungswesen 1911 war ein später aber ehrenwerter Versuch, diesem Umstand auch in Hamburg gerecht zu werden. Die Umsetzung eines öffentlichen höheren Bildungswesens im notwendigen Umfang jedoch gelang erst mit dem Losreißen von Militarismus und Autoritarismus durch die Revolution von 1918.

Der Antifaschist Albrecht Mendelsohn Bartholdy war Pazifist. Ihm konnte die bloße Abwesenheit der Gewalt keine hinreichende Konsequenz aus dem 1. Weltkrieg sein. Er vertrat dagegen die Überschreitung der Aggression durch das Prinzip der gemeinsamen Verantwortung durch Völkerverständigung, durch die Grundsätze des Völkerbunds. Wir wissen, daß die Geschichte ihm in grauenvoller Weise Recht gegeben hat. Der Antifaschist Eduard Heimann kritisierte, daß das in der bürgerlichen Gesellschaft errungene Recht eines jeden auf Bildung ein formales bliebe, weil unter der Dominanz des Marktes eine auf Kompetenzerwerb gerichtete und damit quantitative Bildung soziale Unterschiede verfestigt und vertieft. Er vertrat daher die Bindung der Bildung nicht an den Zweck zählbaren Produktions-Outputs, sondern an die Wahrheitsuche nach der Maßgabe der Würde des Menschen. Er war im übrigen auch ein Gegner von Studiengebühren.

Das Wirken der Antifaschisten war davon geprägt, daß sie im Angesicht der Barbarei nicht einfach nur zu einem besseren vorherigen Zustand zurückkehren wollten, sondern Verhältnisse anstrebten, welche die Barbarei unmöglich machen.

Nicht nur für die Hochschulen bedeutete dies die Ungenügendheit der Restauration nach 1945 und die Notwendigkeit der Umwälzungen von 1968.

Die Errungenschaften der 68er-Bewegung, die soziale Öffnung der Hochschulen, ihre Demokratisierung und der kritische Gesellschaftsbezug der Wissenschaften, sind in den vergangenen Jahren systematisch von „Oben“ bekämpft worden. Kommerzialisierung durch Studiengebühren und leistungsbezogene Vergütung, hierarchisiert nach dem schlechten Vorbild von Unternehmen und marktförmig gegängelt durch strikt regulierte Bachelor-Studiengänge und nicht zuletzt in emanzipatorischen Ansprüchen negiert durch systematische Sparauflagen.

Die Krise ist nun groß.

Eine erforderliche und geschichtsbewußte Kehrtwende zu einer emanzipatorischen Politik wird nicht gelingen durch die schlichte Rücknahme und Milderung von vorheriger Verschlechterung durch beispielsweise die nur gemächliche Aufhebung von Teilen der Studiengebühren. Sie wird erst recht nicht gelingen durch die Fortsetzung oder gar Verschärfung der haushalterischen Missachtung von Bildung, Sozialem und Kultur.

Der französische Résistancekämpfer Stéphane Hessel schreibt in seinem 2010 veröffentlichten Aufruf "Empört Euch": *„Man wagt uns zu sagen, der Staat könne die Kosten dieser sozialen Errungenschaften nicht mehr tragen. Aber wie kann heute das Geld dafür fehlen, da doch der Wohlstand so viel größer ist als zur Zeit der Befreiung, als Europa in Trümmern lag? Doch nur deshalb, weil die Macht des Geldes – die so sehr von der Resistance bekämpft wurde – niemals so groß, so anmaßend, so egoistisch war wie heute, mit Lobbyisten bis in die höchsten Ränge des Staates. In vielen Schaltstellen der wieder privatisierten Geldinstitute sitzen Bonibanker und Gewinnmaximierer, die sich keinen Deut ums Gemeinwohl scheren.“*

Aus dem heutigen Tag können wir also mitnehmen, dass jede Bescheidenheit fehl am Platze ist und Ansprüche zu erweitern sind. Angebliche Sachzwänge sind vor allem ein Aufruf, sie aus dem Weg zu räumen. Eine selbstbewusste Wissenschaft sollte sich insbesondere dieser Verpflichtung aus der Geschichte annehmen, sich um das Gemeinwohl scheren und für Bedingungen engagieren, die eine solche gesellschaftlich verantwortungsvolle Wissenschaft möglich machen.